Ende des Kalten Krieges: Fall der Mauer 1989/90

Kapitel 4: Wiedervereinigung

**Die Wiedervereinigung Deutschlands**

Zu Tausenden waren die Menschen aus der DDR nach Westberlin und später nach Westdeutschland geströmt. Aber noch am Tag nach der Öffnung der Mauer wandte sich eine Mehrheit gegen den Plan von Bundeskanzler Helmut Kohl, Deutschland wiederzuvereinigen. Bis Jahresende aber waren 350'000 (von 17 Millionen) Menschen nach Westdeutschland umgezogen. Im Januar verkündeten die an den Montagsdemonstrationen Teilnehmenden erstmals nicht mehr den Slogan:

**«Wir sind das Volk!»**sondern  
**«Wir sind ein Volk!».**

Am 18. März 1990 gewann die Partei des deutschen Bundeskanzlers, die CDU, unter dem Namen «Allianz für Deutschland» die Wahlen für die Volkskammer in der DDR. Viele Wählerinnen und Wähler erhofften sich von einer Wiedervereinigung eine Beteiligung an der stärkeren westdeutschen Wirtschaft und am westdeutschen Wohlstand. So war es eine wirtschaftliche Frage, die zuerst gelöst wurde: Am 1. Juli 1990 wurde die Deutsche Mark aus Westdeutschland zur einheitlichen Währung und Bundeskanzler Kohl versprach der ehemaligen DDR «blühende Landschaften».

Noch etwas Zweites lähmte und beflügelte gleichzeitig die deutsche Wiedervereinigung. Denn als Folge des Zweiten Weltkrieges (Konferenz von Potsdam, 1945) konnten die beiden Staaten nicht selbstständig über die Wiedervereinigung entscheiden, weil sie ja durch die Besatzungsmächte, die USA, die Sowjetunion, Grossbritannien und Frankreich geteilt worden waren. Gleichzeitig eröffnete sich mit einer Bewilligung auch die Chance für Deutschland, nun endlich die volle Souveränität zurückzuerhalten. Vor allem die Sowjetunion hätte sich früher gegen eine Wiedervereinigung gesperrt, denn es war klar, dass ein vereinigtes Deutschland eher auf die Seite des Westens kippen würde. Nun aber ermöglichte Michail Gorbatschow an den so genannten ‹4+2-Gesprächen› die Wiedervereinigung Deutschlands (12. September 1990) und willigte in den Abzug der sowjetischen Truppen ein (13. September). So konnte am 3. Oktober die Wiedervereinigung gefeiert werden.

Dabei übernahm die ehemalige DDR als «neue Bundesländer» nicht nur die westdeutsche Verfassung (das Grundgesetz), sondern auch die westdeutsche liberale Wirtschaftsordnung: Die Staatsbetriebe (‹Volkseigenen Betriebe›, VEB) wurden privatisiert, das heisst, an private Unternehmen verkauft. Weil sie mit veralteter Technik nicht rationell gearbeitet hatten, wurden viele von ihnen geschlossen. Während in der ehemaligen DDR alle Menschen Arbeit und Verdienst gehabt hatten, verloren nun viele die Arbeit. Sie begannen der verloren gegangenen Sicherheit nachzutrauern. Sie vermissten in der Konkurrenz, welche eine westliche Gesellschaft beherrscht, die Nähe und Wärme.

Auf der anderen Seite wenden die alten Bundesländer im Westen sehr viel Geld auf, um den ‹Aufbau Ost› voranzubringen. Schätzungen gehen zwar auseinander, aber man geht von einer Billion Euro (1'000'000'000'000) aus, welche sie bisher für den Aufbau Ost ausgegeben haben. Einen Teil des Geldes zahlt die Regierung aus eigenen Mitteln im Rahmen des «Solidarpaktes», einen anderen Teil aus einer zusätzlichen Steuer, dem so genannten Solidaritätszuschlag.

Aber auch bezüglich der Haltung der Menschen war zwischen 1945 und 1989 ein Graben entstanden, dessen man sich erst mit der Wiedervereinigung bewusst wurde.

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| Die ‹Wessis› |  | Die ‹Ossis› |
| * empfinden sich als arbeitsam, produktiv, flexibel |  | * empfinden sich als solidarisch, sozial eingestellt |
| * beurteilen die ‹Ossis› als unflexibel, unselbstständig, nörglerisch |  | * beurteilen die Wessis als egoistisch, materialistisch. |

Glücklicherweise wird der Graben zwischen den Meinungen und auch in der Wirtschaft immer kleiner.

Die Tagesschau des Ersten Deutschen Fernsehens (ARD) fragte zum 17. Jahrestag der Wiedervereinigung Experten nach der jetzigen Situation.

Lies den folgenden Beitrag und unterstreiche diejenigen wichtigen Tatsachen, die du nach der Lektüre des Textes oben noch nicht gekannt hast.

|  |  |
| --- | --- |
| 1  2  3  4  5  6  7  8  9  10  11  12  13  14  15  16  17  18  19  20  21  22  23  24  25  26  27  28  29  30  31  32  33  34  35  36  37  38  39  40  41  42  43  44  45  46  47  48  49  50  51  52  53  54  55  56  57  58  59  60  61  62  63  64  65  66  67  68  69  70  71  72  73  74  75  76  77 | **Debatte über die Abschaffung des Solidaritätszuschlages:**  **«Die Diskussion läuft idiotisch»**  **Pünktlich zum 17. Jahrestag der Wiedervereinigung ist sie wieder da: Die Diskussion um blühende Regionen im Osten, vernachlässigte Kommunen im Westen – und die Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Doch in der Debatte wird vielfach von falschen Voraussetzungen ausgegangen.**  Schmucke Städtchen im Osten protzen mit ihren sanierten Altbauten und neu angesiedelten Industrieanlagen – und wissen gar nicht mehr wohin mit den ganzen Fördermitteln. Arme Kommunen [Gemeinden] im Westen mit abbruchreifen Häusern an kaum befahrbaren Straßen warten hingegen vergeblich auf Hilfe. Und schuld an dem ganzen Schlamassel ist der Solidaritätszuschlag, den jeder Arbeitnehmer Monat für Monat auf seiner Lohnabrechnung findet. So weit die Vorurteile, die pünktlich zum 17. Jahrestag der Wiedervereinigung wieder vielerorts zu hören sind – und in Teilen auch die aktuelle Debatte über die Abschaffung des Solidaritätszuschlages bestimmen.  Ganz so einfach ist die Wahrheit jedoch nicht. «In der Diskussion geht einiges durcheinander, sie läuft an vielen Stellen geradezu idiotisch», sagt Helmut Seitz, ehemaliges Mitglied des ‹Gesprächskreises Ost›, gegenüber **tagesschau.de**. «Der Solidaritätszuschlag hat mit dem Solidarpakt trotz der Namensähnlichkeit rein gar nichts zu tun.»  Solidaritätszuschlag ist nicht zweckgebunden  Solidaritätszuschlag: Der Solidaritätszuschlag wurde 1991 im Rahmen des Solidarpakts für zunächst ein Jahr eingeführt. Seit 1995 wird er wieder erhoben – in Ost und West. Seine Höhe beträgt zurzeit 5,5 Prozent der Einkommenssteuer, er gilt auch für die Körperschaftssteuer [Unternehmenssteuer].  Im Solidarpakt sind die Hilfen für den Osten geregelt: Er läuft bis 2019 und stellt den Ländern insgesamt 156 Milliarden Euro zur Verfügung. Der Solidarpakt wurde bislang noch von niemandem grundsätzlich in Frage gestellt. Die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag – 2007 sind das laut aktueller Steuerschätzung 12,1 Milliarden Euro – gehen hingegen alleine an den Bund und vor allem: Sie sind nicht zweckgebunden.  «Der Solidaritätszuschlag wird nicht eins zu eins an ostdeutsche Kommunen überwiesen», stellt Seitz klar. «Die Wiedervereinigung war unglaublich teuer. Der Bund musste unter anderem viel Geld in die Sozialversicherungssysteme pumpen – beispielsweise für die Einbindung der ostdeutschen Rentner in die Rentenkassen.» Dieses Geld wurde geliehen – «und die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag werden nun beispielsweise auch benötigt, um die Kredite zu finanzieren.»  Von Beginn an Etikettenschwindel  Das weit verbreitete Vorurteil, mit dem Solidaritätszuschlag würden ausschließlich die Bürger Westdeutschlands für den Aufbau Ost bezahlen, kommt allerdings nicht von ungefähr. 1990 führte der damalige Kanzler Helmut Kohl die symbolträchtige Abgabe ein – mit dem Versprechen, sie zügig wieder abzuschaffen, sobald die historische Aufgabe Wiedervereinigung bewältigt sei. Ab dem ersten Tag zahlte jedoch jeder Arbeitnehmer – im Westen wie im Osten. Und auch sonst war die Steuer von Beginn an ein Etikettenschwindel: Aus den Einnahmen wurde beispielsweise der erste Golfkrieg mitfinanziert. «Das war eine reine Verkaufsaktion von Kohl», kritisiert denn auch Helmut Seitz. «Zwar wusste damals jeder vernünftige Mensch jenseits der Pubertät, dass die zeitliche Begrenzung Quatsch ist – aber so zu tun, als ob die Steuer bald wieder abgeschafft werde – das war ein schwerer psychologischer Fehler.» Ginge es nach dem Wissenschaftler, würde der Solidaritätszuschlag vollständig in die Einkommens- und Lohnsteuer integriert, «denn dann wären wir endlich den irreführenden Namen los.»  «An den Haaren herbeigezogen»  «Für mich ist die Diskussion um die Abschaffung des Solidaritätszuschlages an den Haaren herbeigezogen», sagt auch Dietrich Lehmann, ebenfalls ehemaliges Mitglied des ‹Gesprächskreises Ost› im Gespräch mit **tagesschau.de**. Zwar fielen die Steuereinnahmen derzeit höher als gedacht aus – «doch wenn wir jetzt sofort wieder anfangen, irgendwo Geld wegzunehmen, kann ich garantieren, dass wir in einem halben Jahr wieder diskutieren, wo wir Geld hernehmen.» «Es ist ein Fehler, zu behaupten, der Solidarzuschlag könnte gestrichen werden», findet auch der ehemalige Chef des ‹Gesprächskreises Ost›, Klaus von Dohnanyi.  Doppelt so viele Arbeitslose im Osten  ‹Gesprächskreis Ost›: Der Gesprächskreis Ost wurde von Klaus von Dohnanyi und Edgar Most geleitet. Im Auftrag der Bundesregierung sollte die Arbeitsgruppe die Förderpolitik für die ostdeutschen Bundesländer analysieren. Dem Gesprächskreis gehörten 13 Fachleute aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft an – er nahm im November 2003 die Arbeit auf und legte 2004 seinen Abschlussbericht vor.  Unbestritten ist, dass die milliardenschweren Hilfen aus dem Solidarpakt im Osten nicht immer sinnvoll eingesetzt wurden – es existieren viele Beispiele, bei denen Kritik durchaus angebracht ist. Und unbestritten ist auch: Es gibt Regionen im Osten, die blühen – und im Westen solche, die dringend auf Hilfe angewiesen wären. Doch nichtsdestotrotz ist die Arbeitslosenquote im Osten nach wie vor doppelt so hoch wie die im Westen. So sind sich von Dohnanyi, Lehman und Seitz denn auch einig: Der Solidaritätszuschlag ist dauerhaft notwendig und der Solidarpakt muss wie vereinbart bis 2019 die Regionen im Osten unterstützen. Danach seien für den Solidarpakt allerdings neue Kriterien notwendig. Seitz fasst es wie folgt zusammen: «Ab 2020 muss man gucken, was benötigt der Hunsrück in Rheinland-Pfalz [im ehemaligen Westen] und was die Uckermark [im ehemaligen Osten] – eine Trennung zwischen Ost und West darf es dann nicht mehr geben.»  Sarah Welk, tagesschau.de; in: http://www.tagesschau.de/inland/solidaritaetszuschlag2.html (8.12.07), leicht überarbeitet |

**Erläuterungen und Lösungen**

Dieses Kapitel ist text- und kopflastig – illustriert werden kann es durch die nächste Themeneinheit, die Analyse des Films ‹Good bye, Lenin›.

Die Schülerinnen und Schüler können dem Artikel folgende zusätzlichen wichtigen Informationen entnehmen:

|  |  |
| --- | --- |
| *Zeile* | *Information* |
| 8–11,  69–70 | Einigen Gemeinden im Osten geht es besser als einigen im Westen. |
| 21–30 | Der Solidaritätszuschlag dient längst nicht mehr nur dem Aufbau Ost, sondern finanziert auch andere Staatsaufgaben. |
| 24 | Der Solidaritätszuschlag beträgt 5.5 Prozent |
| 26 | Der Solidarpakt läuft bis 2019 und gibt 156 Milliarden Euro aus. |
| 39–48 | Der Solidaritätszuschlag war ursprünglich befristet, aber erweist sich immer mehr als unverzichtbar. |
| 62–66 | Ein ‹Gesprächskreis Ost› überwacht die Hilfe an die neuen Bundesländer. |